

Auszug aus dem Rechenschaftsbericht zur Vertreterversammlung von ISOR e.V. am 6./7. 11. 2009

Liebe Freunde und Genossen, verehrte Gäste,

seit unserer letzten ordentlichen Vertreterversammlung am 12. November 2005 sind vier arbeitsreiche Jahre vergangen, in denen die Voraussetzungen dafür geschaffen wurden, dass wir heute in die voraussichtlich – und auch hoffentlich – letzte Etappe unseres Kampfes um die endgültige Beseitigung des Rentenstrafrechts eintreten können.

Angesichts der Zusammensetzung des am 29. September dieses Jahres neu gewählten Bundestages sind auch bei größtem Optimismus politische Lösungen nicht zu erwarten. Uns bleibt nur der steinige und langwierige Weg der juristischen Auseinandersetzung bis zum Bundesverfassungsgericht, die Ende vergangenen Jahres mit den ersten Verfahren vor Sozialgerichten wieder aufgenommen wurde. Schließlich wird nach Urteilen aller Instanzen das Bundesverfassungsgericht neu zu entscheiden haben. Das ist aus jetziger Sicht die letzte Chance einer höchstrichterlichen Entscheidung. Danach wird der Rechtsweg ausgeschöpft sein.

Unsere Anstrengungen sind also in der vor uns liegenden Periode vor allem darauf zu konzentrieren, eine für uns positive Entscheidung der Verfassungsrichter zu erreichen. Garantien dafür kann niemand geben, aber wir sind überzeugt, dass wir über gute Argumente verfügen und alle Voraussetzungen besitzen, unseren Kampf bis zur Entscheidung durchzustehen.

Unsere Zuversicht gewinnen wir auch aus der Tradition und den Erfahrungen unserer nunmehr seit über 18 Jahren bestehenden Organisation, die wichtige ihrer Ziele bereits erreichen konnte und maßgeblich dazu beigetragen hat, die Straffrenten für die ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR zu großen Teilen zu beseitigen oder wenigstens abzumildern. ISOR e.V. hat das 18. Lebensjahr überschritten, ist also sozusagen erwachsen geworden, hat treue und zuverlässige Freunde und Verbündete gefunden und weiß auch vorübergehende Rückschläge richtig einzuordnen. ISOR war ist und bleibt eine schlagkräftige und starke Organisation, mit der auch weiter gerechnet werden muss.

Unsere Hochachtung und unser Respekt gilt all jenen, die vor mehr als 18 Jahren den Mut und die Entschlossenheit aufbrachten, sich der sozialen Ausgrenzung der ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR entgegenzustellen und in schwieriger Zeit nach dem Motto handelten: „Kopf hoch und nicht die Hände!“ Erst vor wenigen Tagen haben Vertreter des Vorstandes in einer Zusammenkunft mit Gründern unseres Vereins die enge persönliche Verbundenheit und die Gemeinsamkeiten der Tradition und Ziele bekräftigt. Unvergessen bleibt der besondere persönliche Beitrag des langjährigen Stellvertretenden Vorsitzenden von ISOR, des leider viel zu früh verstorbenen Prof. Dr. Wolfgang Edelmann, zur konzeptionellen Ausrichtung unserer Arbeit.

Liebe Freunde und Genossen, verehrte Gäste,

im Ergebnis der Bundestagswahlen hat eine Koalition aus CDU/CSU und FDP die Regierungsverantwortung übernommen. Das ist die Wunschkoalition der Kapitaleigner und Finanzhaie, der „Besserverdienenden“ und Kommunistenhasser. Noch hat der befürchtete Sozialkahlschlag nicht begonnen, es wird getrickst und getäuscht und sogar Sozialkosmetik geboten. Die Angst vor einem Desaster bei der „kleinen Bundestagswahl“ im bevölkerungsreichsten Land Nordrhein-Westfalen im Mai nächsten Jahres hat offenbar dazu geführt, dass unpopuläre Maßnahmen verzögert oder nur scheinbar und demagogisch verbrämt präsentiert werden. Vieles bleibt bis zu diesem Zeitpunkt unklar und

verschwommen. Mit 84 Prüfaufträgen und 8 angekündigten Kommissionen wurden die wichtigsten Entscheidungen vertagt. Dabei können Merkel & Westerwelle an die Weichenstellung der großen Koalition anknüpfen. Die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums in Richtung der oberen Einkommen und zu Lasten der sozial Schwächeren geht weiter. Die Entsolidarisierung der Sozialsysteme wird zementiert. Die steigenden Kosten für Kranken- und Pflegeversicherung werden ausnahmslos auf die Versicherten abgewälzt. Steuersenkungen für die Hälfte der Bevölkerung, die überhaupt einkommensteuerepflichtig ist, werden steigende Abgaben für den Rest der Bevölkerung gegenüber stehen. Auch ein Verbot sittenwidriger Löhne – das seit jeher gilt und nicht beachtet wurde – wird nicht verhindern, dass prekäre Arbeitsverhältnisse zunehmen und die Reallöhne sinken werden. Der angekündigte Bürokratieabbau bemäntelt vorgesehene Einschränkungen der Rechte der „Arbeitnehmer“, der Mieter und anderer vom Kapital abhängiger Personengruppen. Vor allem aber wird im Interesse der Schonung und Vermehrung der Vermögen der Reichen das Banken-Monopoly der nicht gedeckten Schuldverschreibungen jetzt mit einem Staats-Monopoly fortgesetzt. Dabei ist nur eines sicher, das benötigte Geld kann nur bei den 10 % der Bevölkerung, in deren Besitz sich 60 % des gesamten Geld-Vermögens befinden, geborgt und muss diesen mit Zins und Zinseszins durch alle Bürger erstattet werden.

Die soziale Lage der Rentner wird sich weiter verschlechtern. Sie zählen nicht zu den von der Regierung favorisierten „Leistungsträgern“. Auch wenn – was keineswegs fest steht - Rentensenkungen ausbleiben, werden die realen Renten durch Belastungen mit unterschiedlichen Abgaben und Zuzahlungen deutlich reduziert werden. Sollte die Wirtschaft wieder wachsen, werden auch die inflationsbedingten Einbußen bei den realen Renten wieder zunehmen.

Die Rentenangleichung Ost an West wird – wenn sie überhaupt stattfindet – keine Verbesserungen für die Ost-Rentner erbringen. Ein Rentenüberleitungsabschlussgesetz wird – wenn es denn verabschiedet wird - vermutlich den Ist-Zustand festschreiben und neue Hürden im Kampf für Rentengerechtigkeit aufrichten. Mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln werden wir uns in solidarischer Verbundenheit mit den Gewerkschaften und Sozialverbänden dagegen wehren.

Angesichts dieser trüben Aussichten vermittelt das mit den jüngsten Bundestagswahlen gewachsene politische Gewicht der Partei DIE LINKE Hoffnung und Zuversicht. Wir können darauf vertrauen, dass die Linkspartei als soziales Gewissen wirkt und z.B. die vom letzten Bundestag abgeschmetterten 17 Rentenanträge zur Beseitigung von Versorgungslücken, Renten- und Versorgungsunrecht erneut auf die Tagesordnung des Bundestages setzen wird. Versuche, die Partei DIE LINKE im politischen Spektrum der BRD auszugrenzen und zu isolieren, sind gescheitert. Das hat zur Folge, dass politische Forderungen der LINKEN zunehmend auch von anderen Oppositionsparteien aufgegriffen und unterstützt werden. Damit gerät auch die Regierung stärker unter Druck.

Beginnend in einzelnen Bundesländern werden so auch Voraussetzungen für neue politische Mehrheiten mit Blick auf die Bundestagswahlen in vier Jahren geschaffen, die allerdings angesichts des zerrissenen inneren Zustandes der beiden anderen Oppositionsparteien keineswegs sicher sind.

Die Partei DIE LINKE kann auch weiter mit unserer solidarischen Unterstützung und Sympathie rechnen. Wie schon in der Vergangenheit, sehen wir unsere Interessen durch sie auch in Gegenwart und Zukunft am besten vertreten. Selbstverständlich haben wir Vertretern der Linkspartei zu ihrem Wahlerfolg gratuliert. Dabei sind wir uns natürlich bewusst, dass die Partei DIE LINKE eine pluralistische, noch im Aufbau befindliche gesamtdeutsche Partei ist, die zudem noch um ihr Grundsatzprogramm ringt. Zweifellos sorgen Äußerungen mancher ihrer Politiker für Irritationen. Entscheidend für uns sind jedoch die Gemeinsamkeiten, das was uns vereint und nicht das was uns trennt.

ISOR ist jedoch keineswegs auf die Partei DIE LINKE fixiert und wahrt seine parteipolitische Unabhängigkeit. Wir suchen auch weiter den Kontakt und die Unterstützung im gesamten linken Spektrum, also auch in der SPD, der Partei DIE GRÜNEN, bei den Gewerkschaften, den verschiedensten Sozialverbänden und –vereinen, darüber hinaus bei realistisch und rechtsstaatlich denkenden Politikern aller anderen demokratischen Parteien, so auch aus Kreisen der CDU und FDP.

Liebe Freunde und Genossen, verehrte Gäste,

mit unserer Sammelpetition gegen das Rentenstrafrecht haben wir die in diesem Jahr wichtigste politische Aktion gestartet. Sie war dem Ziel untergeordnet, durch eine möglichst hohe Zahl von Unterschriften öffentliche Aufmerksamkeit für unsere Forderungen zu erreichen, politischen Druck aufzubauen und zugleich für Politik und Justiz zu signalisieren, dass wir das Rentenstrafrecht nicht akzeptieren und unseren Kampf dagegen unbeirrt fortsetzen.

Die Ergebnisse dieser Aktion sind ein wichtiger Gradmesser für die Mobilisierungsfähigkeit von ISOR innerhalb der eigenen Organisation und darüber hinaus unter Sympathisanten und verbündeten Vereinen und Verbänden.

Wir können der Vertreterversammlung heute mit Freude und Stolz verkünden, dass wir unser ehrgeiziges Ziel, 50.000 Unterschriften, nicht nur erreicht, sondern sogar noch deutlich überboten haben. Am gestrigen Tag hatten wir 72554 Unterschriften ausgezählt. Immer noch gehen Unterschriftslisten in der Geschäftsstelle ein, so dass wir vermutlich erst Mitte November das endgültige Ergebnis feststellen können.

Der neu gewählte Vorstand von ISOR wird eine gründliche Auswertung der Unterschriftensammlung vornehmen und herausragende Beispiele von TIG und Einzelmitgliedern noch einmal speziell würdigen. Stellvertretend für viele andere und ohne dieser Auswertung vorzugreifen, möchten wir aber schon heute beispielhaft einzelne besonders aktive TIG nennen. So erreichten die TIG Hagenow und die TIG Waren/Röbel etwa das 10-fache, die TIG Templin das 9-fache, die TIG Quedlinburg das 7,25-fache, die TIG Boizenburg das 6,3-fache die TIG Glauchau/Hohenstein-Ernstthal mehr als das 6-fache, die TIG Schwerin das 6-fache, die TIG Suhl das 5,7-fache ihrer Mitgliederzahl an Unterschriften. Solche Ergebnisse sind häufig das Resultat aufopferungsvollen Einsatzes einzelner Funktionäre und Mitglieder.

Unsere Unterschriftenaktion ist ein beachtlicher Erfolg. Petitionen mit Unterschriften in dieser Größenordnung haben Seltenheitswert. 2008 gab es unter den insgesamt über 18.000 Petitionen nur zwei solcher Petitionen. Zum einen die Petition gegen Internetsperren mit 134.000 Unterschriften, zum Anderen eine Petition für ein gesichertes Grundeinkommen mit 52.000 Unterschriften. Im Oktober dieses Jahres waren 68 öffentliche Petitionen im Internet eingestellt, in denen zur Mitzeichnung aufgefordert wurde. Nur drei dieser Petitionen hatten mehr als tausend Unterschriften. An der Spitze rangierte eine Petition mit knapp 6.000 Unterschriften.